

Über unterschiedliche Wahrnehmungen des politischen Zeitgeschehens

www.tristan-abromeit.de

Ergänzungen

Text 113.4

Atom-Energie, das Geschäft mit dem Klimawandel und Anarchie: Freiheit - Gleichheit

Ausgangstext: Nr. 113.3 b) "Das Risiko des Betriebs von
Atomkraftwerken"

von

Musbe

in:

Espero / Forum für libertäre Gesellschaft- und Wirtschaftsordnung
19. Jahrgang, Nr. 76, Juni 2013

Anmerkungen dazu von Tristan Abromeit

Ende Juni 2013

Weitere Texte:

113.1. Anmerkungen zu Josef Beuys, die Ökolibertären und die Grünen
von Tristan Abromeit vom 17. Mai 2013

113.2 *Anhang* zu 113.1

- a) Einigkeit und Grün und Freiheit / Ökolibertäre Grüne Gründungserklärung v. 26. Febr. 1984
- b) Anmerkungen zur Wirtschaftspolitik aus Anlaß der Ökolibertären-Tagung in Schlitz vom
15. - 17. Juni 1984 von TA

- 113.3. a) Interview von espero mit Christoph Braunschweig in espero Nr. 75
espero: Wie konnten Die GRÜNEN mit ihrer Anti-Atom-Kampagne derart tief in
Politik und Gesellschaft eindringen?
- b) Das Risiko des Betriebs vom Atomkraftwerken
Ein Kommentar dazu von Musbe in Espero Nr 76

113.5 Wettbewerb Ja oder Nein?

Aufklärung ist notwendig um Irritationen und Zielunsicherheiten im
Wirken für eine humane Wirtschaft zu vermeiden. Von Tristan Abromeit 8. Juli 2013

Atom-Energie, das Geschäft mit dem Klimawandel und Anarchie: Freiheit - Gleichheit

"Das Risiko des Betriebs von Atomkraftwerken"

Erwiderung zu dem Interview von *espero* mit **Christoph Braunschweig** zu der Frage: "Wie konnten Die Grünen mit ihrer Anti-Atom-Kampagne derart tief in Politik und Gesellschaft eindringen?"

von Musbe

in:

Espero / Forum für libertäre Gesellschaft- und Wirtschaftsordnung
19. Jahrgang, Nr. 76, Juni 2013

Anmerkungen dazu von **Tristan Abromeit**¹

Ende Juni 2013

Musbe schreibt:

<„Was mich aber in den *espero*-Diskussionen wie jetzt in Heft 75 in dem Interview mit Prof. Braunschweig, aber auch im sehr empfehlenswerten *espero*-Sonderheft Nr. 13 von Uwe Timm 'Gegen das Geschäft mit dem Klimawandel – Plädoyer für eine freie und soziale Gesellschaft' irritiert, ist das Eintreten für die Atomkraft. <

Die Bewertung von Atomkraftwerken im Hinblick auf die Entwicklung einer freien Gesellschaft teile ich weitgehend mit Musbe - das Pseudonym steht vermutlich für einen Mann. Wer die Freiheit des Individuums und die der autonomen Gruppen will, kann dies nicht wollen, ohne der Freiheit die Haftung für das Handeln beizufügen. Das Risiko des Handelns der AKW-Betreiber geht aber über die Grenzen der Akteure hinaus. Betroffen vom Schadensrisiko sind ja nicht nur die wenigen Akteure sondern eine Unzahl von Nicht-Produzenten. Ein möglicher Ersatz im Schadensfall bleibt illusorisch, weil die mögliche Schadenssumme ein -zigfaches des haftenden Eigenkapitals der AKW-Betreiber überschreitet. Prämien für eine privatrechtliche Haftpflichtversicherung würden den Atomstrom so teuer machen, dass eine staatliche Förderung zur Entwicklung alternativer Energien gar nicht erforderlich wäre. An einem Reaktorunfall in Frankreich könnte bei den vorherrschenden Westwinden die deutsch-franzö-

¹ Siehe auch „Über unterschiedliche Wahrnehmungen des politischen Zeitgeschehens Anmerkungen zu Josef Beuys, die Ökolibertären und die Grünen“ Text 113.1.
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/113.1.Politisches.Zeitgeschehen.Beuys.pdf>

sische Freundschaft zerbrechen.

Was noch bedeutsamer ist, ist das Problem der Endlagerung des strahlenden Abfalls. Freiwillig will kein Mensch den hochradioaktiven Müll in seinem Lebensumfeld gelagert wissen. Die Durchsetzung der Lagerung kann also nur mit dem so oft geschmähten aber auch zu recht kritisierten Staat erfolgen. Und was noch schlimmer ist, ist die Tatsache, dass wir unzähligen Generationen nach uns eine Last auflegen, ohne dass wir von ihnen dafür zur Rechenschaft gezogen werden können. Das Wort von der Erbsünde hat hier eine ganz neue Bedeutung bekommen.

Musbe geht dann auf den wachsenden Widerstand gegen die Verspargelung der Landschaften mit Windkraftwerken, den Mais-Anbau für Biogasanlagen und Hochspannungsleitungen ein. Seine Argumentation bleibt hier schwach. Wenn wir nämlich keine AKWs mehr wollen, Kohlekraftwerke auch ein Problem sind ², dann ist doch die Frage: Wie kommen wir zu einem allgemein akzeptiertes Verfahren zur Herstellung und Verteilung von elektrischer Energie, das sowohl ökonomisch wie auch ökologisch vernünftig ist? Wenn wir heute Windmühlen mit verklärten Augen ansehen, dürfen wir nicht vergessen, dass ihr Bau in der Vergangenheit meistens auch ein politischer und ökonomischer Streitfall war. Der Astrophysiker Peter Kafka beschrieb einmal die Bedingungen für eine gedeihliche Evolution mit den Worten *Vielfalt* und *Gemächlichkeit*. Beide Bedingungen seien erforderlich, damit das Untaugliche im Prozessfortschritt aussortiert werden könne. Unser Problem ist, dass wir im Prozess der Energiegewinnung die Vielfalt und Gemächlichkeit ausgeschaltet haben. ³

Bei Musbe fällt auch anknüpfend an den Titel „Gegen das Geschäft mit dem Klimawandel...“ von Uwe Timm das Stichwort *anthropogener Klimawandel*. ⁴

2 War es nicht einst das Versprechen des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt für den blauen Himmel über das Ruhrgebiet zu sorgen? Den blauen Himmel verhinderten auch die Kohlekraftwerke.

3 Zu dem Thema Stromtrassen lesen sie auch meinen Text 93.3 „Gedankliche Blaupausen im Urlaub als Inspiration für politisches Handeln vor Ort“ vom Mai 2011.
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/93.3%20Blaupausen.pdf>

4 In diesen Tagen kam auch eine Mail von Ricken Patel - Avaaz.org <avaaz@avaaz.org>. Diesen Spendenaufruf empfinde ich auch als Geschäftemacherei mit der Angst. Es heißt dort:

> Liebe Freundinnen und Freunde, dies ist womöglich die wichtigste E-Mail, die ich Ihnen je geschrieben habe. Wissenschaftler haben einen riesigen Schwund des arktischen Meereises festgestellt, der die Zerstörung unseres Planeten beschleunigt -- unser Klima steht auf der Kippe, doch wir KÖNNEN etwas dagegen tun, wenn wir schnell und mit vereinten Kräften handeln. Wir haben 30 Monate bis zum größten Klimagipfel aller Zeiten. Um zu gewinnen, müssen wir mit voller Kraft loslegen. Klicken Sie unten, um eine Spendenzusage von 1€ zu machen und uns diesem Ziel einen Schritt näher zu bringen:

Die Mücken, die uns plagen, wenn wir einen Sommerabend außer Haus verbringen wollen oder die Würmer im Kompost in unseren Gärten wissen nichts von der Erde als Ökosystem. Wir Menschen können etwas oder auch viel von diesem Ökosystem, dessen Teil das Klima ist, wissen. Aber wie bei allen komplexen Wissensgebieten bilden sich über die Ursachen und Wirkungen in diesem Bereich unterschiedliche Ansichten, Erkenntnisse und Lehren heraus. Für den Erkenntnisfortschritt ist die gegenseitige Kritik der unterschiedlichen Schulen wichtig, aber gegenseitiges Verleumden ist hindernd. Ob der Mensch einen wesentlichen Einfluss auf das Klima hat oder nicht, kann nicht politisch entschieden werden. Der Wahrheit über das Klima ist es förderlicher, einen offenen und fairen Wettbewerb der Erkenntniswege zu ermöglichen.

Die Behauptung, mit dem Klimawandel würde ein Geschäft betrieben, erscheint mir als zu einfach gestrickt. Zwar vermute ich, dass für alle von uns überblickbare Zeiten politische und ökonomische Geschäfte mit der Angst vor etwas oder auch mit der Hoffnung auf etwas gemacht wurden, aber ob diese Geschäfte immer nur aus niederen Motiven gemacht wurden, wird sich selten nachweisen lassen. Das Zustandekommen solcher Geschäfte hängt immer von der Wirkungsmacht der Vorstellungen ab, die in den Köpfen der betroffenen Menschen verankert sind. Wenn zum Beispiel in dem Kopf eines Sterbenden die Vorstellung herrscht, ohne Sterbesakrament käme er in die Hölle, dann wird er auch geneigt sein, sich den Segen der Kirche dadurch zu „erkaufen“, dass er sie im Testament berücksichtigt. Wenn - wie zu Weimarer Zeiten - sich durch Erfahrung in den Köpfen der Menschen festgesetzt hatte, dass sie von den demokratischen Parteien nicht Gutes mehr zu erwarten haben, dann ist es kein Wunder, dass sie auf das Geschäft mit den Versprechungen der Nationalsozialisten – deren Wahrheitsgehalt durch Anfangserfolge vorgetäuscht wurde – eingegangen sind. Und war die

Die Wissenschaftlerin Julienne Stroeve untersucht schon seit Jahrzehnten das arktische Eis. Jeden Sommer reist sie in den Norden, um zu messen, wieviel Eis geschmolzen ist. Sie weiß, dass der Klimawandel die Eisschmelze rasant vorantreibt, doch auf ihrer letzten Reise wollte sie ihren Augen nicht trauen. Riesige arktische Eisflächen waren schlichtweg verschwunden -- ein Ausmaß, das unsere schlimmsten Befürchtungen übertroffen hat.

Davor haben die Wissenschaftler gewarnt: Durch die Erderwärmung entstehen sogenannte “Tipping Points” -- Schwellenwerte, ab denen sich die Erwärmung so sehr beschleunigt, dass sie außer Kontrolle gerät. Durch die Erwärmung taut das arktische Meereis und der gigantische weiße “Spiegel”, der die Hitze zurück ins All reflektiert, wird zerstört. Infolgedessen erhitzen sich die Ozeane, mehr Eis schmilzt, und so geht es immer weiter. Die Situation läuft aus dem Ruder. Schon in diesem Jahr haben wir extreme Stürme und Temperaturen beobachtet -- Ereignisse, die uns den Ernst der Lage vor Augen führen.

Wir KÖNNEN etwas dagegen tun, wenn wir alle zusammen mit vereinten Kräften handeln. So können wir dieses Weltuntergangsszenario in eine inspirierende Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder verwandeln. Eine saubere, umweltfreundliche Zukunft im Einklang mit der Erde, der wir unser Leben verdanken. <

Einführung des Marxismus als Staatsdoktrin in Rußland und anderswo nicht auch ein Geschäft mit der Hoffnung. Und ebenso lag auch der Rüstung des Westens im kalten Krieg ein Geschäft mit der Angst vor dem Kommunismus zu Grunde.

Die Vorgänge in der Natur und hier besonders das örtliche Wetter als Teil des globalen Klimas hat die Menschen schon immer mit Hoffnungen und Ängsten erfüllt. Sie waren schon immer bereit, Göttern zu opfern und um Wohlwollen und um Vergebung ihrer Sünden zu bitten. Und es bedarf heute großer individueller und kollektiver Anstrengungen, um zu einem einigermaßen tragenden Urteil darüber zu gelangen, ob wir Menschen – besonders durch unsere Technik, unserer Ernährungsgewohnheiten und durch die wachsende Zahl von Menschen – unseren Einfluss auf das Klima über- oder unterschätzen. In Bezug auf das Klima hilft also nicht die gegenseitige Diffamierung der jeweiligen Standpunkte, sondern nur die Fortschritte im Erkenntnisprozess über die Wechselwirkungen im Naturgeschehen.

Am Schluss seines Beitrages schreibt Musbe:

> Aber das alles kann einem Libertären selbstverständlich nicht reichen. Alle aufgrund welcher Legitimation auch immer entstandenen staatlichen oder staatlich garantierten (Herrschafts)-Monopole, die regelmäßig zu solchen verrückten Entscheidungen führen und weiter führen werden und uns generell auszubeuten, sind permanent in Frage zu stellen. Das aber kann nur heißen, Staat als solchen entschieden in Frage zu stellen, damit wir Menschen vielleicht irgendwann einmal unsere eigenen Angelegenheiten selbstbewusst und selbstbestimmt in die eigene Hand nehmen zu können. <

Diese Aussage hört sich beim flüchtigen Lesen ganz sympathisch und akzeptabel an. Nur erweist sie sich bei näherer Betrachtung durch die Wendung „vielleicht irgendwann“ fast als eine Religion fürs Jenseits. Und wenn mit „ Staat als solchen entschieden in Frage zu stellen“ die Auflösung des Staates gemeint ist, dann ist es eine Idee, die genauso illusionär ist wie das Absterben des Staates im Kommunismus nach der Übergangsphase des Sozialismus. Mich wundert daher nicht, dass die Anhängerschaft des Anarchismus – eine sehnsuchtsvolle aber politisch konturlos gewordene Idee - so klein geblieben ist und zusätzlich durch die Gleichsetzung der Anarchie mit Chaos und Gewalt von ihren Gegnern klein gehalten wird. Bevor ich meine eigenen Anmerkungen dazu mache, was faul im Staat oder missverständlich am Begriff Staat ist, zitiere ich erst aus einem Netz-Beitrag zum Anarchismus.

> Der Begriff der „Anarchie“ und seine Herkunft

„Anarchie ist nicht Chaos, sondern Ordnung ohne Herrschaft!“

Das Wort Anarchie ist so alt wie die menschliche Zivilisation. Es kommt von dem griechischen Wort „an-archia“ und bedeutet „Keine Herrschaft“, meint also die Abwesenheit jeglicher Autorität. Nun ist es ein weit verbreitetes Vorurteil, dass der Mensch ohne Autorität und Regierung nicht leben kann; ganz so, als ob ein Zirkuspferd ohne seinen Dompteur zugrunde gehen müsse. Deshalb ist das Wort Anarchie in der Umgangssprache auch als Synonym für Chaos, Unordnung, Verwilderung und Zerstörung eingegangen. Hinzu kommt die offensichtliche Absicht, den Anarchismus als politische Bewegung zu verleumden und zu bekämpfen. Aus diesem Grunde haben Politiker und Literaten, Kommunisten und Adelige, Pfarrer und Hausdamen jahrhundertlang diesen Begriff von Anarchismus verbreitet. Für sie verbindet sich das Wort Anarchismus mit einem kalten Schauer und dem Gedanken an den Weltuntergang. Wie sie, so kann sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht vorstellen, dass auch ohne Staat und Herrschaft eine Ordnung - eben eine freie Ordnung - bestehen kann.

Selbst in allgemeinen Nachschlagewerken, wie auch z.B. im Duden, wird Anarchie einfach mit „Gesetzlosigkeit“ übersetzt. Dies impliziert für den „Normalverbraucher“ ebenfalls, dass bei Verwirklichung des Anarchismus die Gesellschaft in ein Chaos gestürzt werde, und insofern verfälscht diese Definition unterschwellig den Begriff. Im eigentlichen Wortsinn ist der Begriff der „Gesetzlosigkeit“ natürlich richtig: Da Gesetze vom Staat verabschiedet werden und dieser durch Polizei und Gericht dafür sorgt, dass sie eingehalten werden, werden bei Abschaffung der Staatssysteme, auch die Gesetze nicht mehr existieren. Das heißt aber nicht, dass es keine Regeln bzw. Vereinbarungen im menschlichen Zusammenleben mehr gibt.

Pierre Joseph Proudhon war einer der Väter des modernen Anarchismus. Er hat das Wort für die antiautoritäre ArbeiterInnenbewegung aufgegriffen. Unter Anarchie verstand er absolut das Gegenteil von Chaos. Für ihn war die anarchische Gesellschaft der höchste Ausdruck der Ordnung, eine Ordnung, die nicht durch Herrschaft und autoritäre Strukturen gestört sei. Erst in einer anarchistischen Gesellschaft könne die natürliche Ordnung der menschlichen Beziehungen, die „soziale Harmonie“, wieder hergestellt sein. Wir werden noch sehen, dass Proudhon dabei alles andere als ein verträumter Utopist war.

So hält Proudhon auch den Staat - als höchsten Ausdruck der Herrschaft von Menschen über Menschen - für den eigentlichen Unruhestifter; eine Ansicht, die nicht so abwegig erscheint, wenn man sich all das ansieht, was an Kriegen, Unterdrückung und Wirtschaftskrisen von den Staaten und ihren Organen geführt oder angestiftet wurde und noch wird. ... <

Entnommen aus dem Beitrag: „Revolutionsbräuhaus - Was ist eigentlich Anarchismus? Eine Einführung in die Grundgedanken des Anarchismus“ unter:

<http://www.anarchismus.at/texte-anarchismus/einfuehrung-in-den-anarchismus/6261-revolutionsbraeuhaus-was-ist-eigentlich-anarchismus>

Zur Autorenschaft ist dort folgendes zu lesen:

> Dieser Text wurde der Homepage www.rebellion.ch entnommen, der neuen Rechtschreibung angepasst und an wenigen Stellen leicht verändert. Im Original hat er folgendes „Vorwort“: *Für dieses Rebellion-Dossier (in deutscher Sprache) haben wir einen Nachdruck einer Broschüre des 'Revolutionsbräuhaus' (RBH), Hahngasse 15, 1090 Wien, Österreich ausgewählt. Ganz im Sinne des RBH betrachten auch wir diesen Text als eine gute Diskussionsgrundlage, die die Grundfragen des Anarchismus aufwirft und Zugang zu weiteren wichtigen Quellen verschafft, was aber nicht heißt, dass wir in sämtlichen Punkten mit dem Text übereinstimmen.* <

Nun wird bekanntlich der Begriff Anarchie ganz unterschiedlich im Zeitablauf und der Gegenwart benutzt. Eine Übersicht ist im Netz zu finden unter:

http://universal_lexikon.deacademic.com/32204/Anarchie

Im obigen Zitat heißt es „Anarchie ist nicht Chaos, sondern Ordnung ohne Herrschaft!“ Es wird dort aber auch gesagt, dass es richtig ist, Anarchie im Wortsinn als Gesetzlosigkeit zu verstehen. Das wäre dann ein Widerspruch zu der Aussage "Anarchie ist nicht Gesetzlosigkeit sondern Herrschaftslosigkeit." die auch zu hören ist. Es sind also folgende Fragen zu stellen:

1. Gibt es eine Ordnung in einer x-beliebigen Gesellschaft, die nicht auf Gesetzen beruht?
2. Wenn Ordnungen, Satzungen also Gesetze sind: Gibt es Gesetze ohne einen Gesetzgeber?
3. Wenn es kein Gesetz ohne Gesetzgeber gibt: Gibt es einen Gesetzgeber, der nicht den Charakter eines Staates hat?
4. Gibt es einen Gesetzgeber, der die Durchsetzung von Gesetzen ohne Herrschaft erwirken kann?
5. Schließen sich Selbstbestimmung und Fremdbestimmung gegenseitig aus oder ergänzen sie sich?
6. Schließen sich Freiheit und Gleichheit gegenseitig aus?
7. Wo müssen wir ansetzen, um aus dem vieldeutigen Begriff Anarchismus ein konstruktives Gestaltungselement für eine Gesellschaft der Freien zu entwickeln?

Das sind mehr Fragen, als ich hier oder überhaupt gründlich beantworten kann. Die Ordnungen in der Natur und jene in den menschlichen Gesellschaften haben offensichtlich einen unterschiedlichen Charakter. Die Ordnungen in der Natur haben ihre Grundlage in Naturgesetzen. Den Menschen als biologische Einheit können wir zum Beispiel als eine Systemordnung begreifen, deren Gesetze im Laufe der Evolution zwar Wandlungen unterliegen, die aber abgesehen von Genmanipulationen nicht oder nur ganz begrenzt seiner eigenen Gestaltungskraft unterliegen. Anders ist es bei der Ordnung menschlicher Gesellschaften, die zwar auch als biologische Organismen begriffen werden können, in denen aber der Mensch als ein instinkt-reduziertes Wesen Kraft seines Geistes als gestaltendes Wesen auftritt. Hier ist der Geist gefragt, der durch die Erfahrung gereift mit Hilfe seines Denkvermögens herausfinden muss, in welcher Form von Gesellschaft das Lebensoptimum des Individuums in seiner einzelnen Erscheinung und in der Summe als Kollektiv liegt. Die mögliche Ordnung, die sich hier herausstellt, kann zwar naturnahe sein, ist aber kein Produkt der Natur. Silvio Gesell, der auch Arbeiten mit dem Titel "Der Abbau des Staates" und "Der abgebaute Staat" hinterlassen hat, schreibt 1918 in der dritten Auflage seines Buches "Die Natürliche Wirtschaftsordnung":

> Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat.<⁵

Hier wird schon deutlich, dass die Ordnungen in den menschlichen Gesellschaften nicht in der

5 S. Gesell, NWO, Seite 12 in der neunten Auflage von 1949.

Natur gefunden werden, sondern gesetzt werden müssen. Das ist auch so, wenn die jeweilige Ordnung aus Tradition besteht und der Gesetzgebungsakt des ursprünglichen Gesetzgebers gar nicht mehr dem Gedächtnis präsent ist. Von Proudhon habe ich eine Aussage in Erinnerung, in der es heißt, dass er nicht den Staat verneint, sondern bejaht. Es ginge ihm um die Klärung, was der Staat zu sein habe. Aber eingeschlichene Fehldeutungen lassen sich nur sehr schwer korrigieren. So verneint Proudhon auch nicht das Eigentum - wie der Buchtitel "Eigentum ist Diebstahl" suggeriert -, sondern er verneint ein Eigentum, dass die Arbeit ausbeuten kann. Auch hier geht es ihm um eine bessere Definition des Eigentumsbegriffes und seiner Anwendung. Ich habe nun die Textpassage von Proudhon über den Staat nicht gefunden, dafür aber eine andere, die klärend wirken kann. Ich schlage auf: Pierre-Joseph Proudhon "Theorie des Eigentums", übersetzt von Lutz Roemheld mit einer Einleitung von Gerhard Senft, Verlag für Sozialökonomie, 2010. Im 7. Kapitel "Ausbalancierung des Eigentums. System von Garantien im § 2 auf Seite 132 ist zu lesen:

> Zu den Einrichtungen, die für Freiheit und Gleichheit entscheidend sind und deren Bestehen vor, oder nach Errichtung des Eigentums rechtens ist, zähle ich: 1. die staatliche Gewaltentrennung; 2. die Dezentralisierung; 3. die Steuer-(s. meine vom Staatsrat von Lausanne preisgekrönte Theorie de l' Impôt); 4. die Ordnung der Staats-, Hypotheken- und Gesellschafter- Schulden; 5. Noten- und Kreditbanken; 6. die Organisation der öffentlichen Dienstleistungen, Post, Eisenbahn, Kanäle, Häfen, Straßen, Lagerhäuser, Börsen und Märkte, Versicherungen, öffentliche Bauarbeiten; 7. Industrie- und Landwirtschaftsverbände; 8. der internationale Handel.

So manches Mal, seit zwanzig Jahren, habe ich diese schwerwiegenden Fragen behandelt, bald getrennt voneinander, bald von einem übergeordneten Gesichtspunkt aus, immer aber vorrangig im Interesse der arbeitenden Klassen (classes ouvrières). Ich habe immer gemeint, daß die Verhältnisse mir nicht gestatteten, anders zu handeln. Die Dinge haben immer ausreichend für sich selbst gesprochen, damit das kleine und mittlere Eigentum, die kleine und mittlere Landwirtschaft, das kleine und mittlere Gewerbe begreifen, daß es sich um sie ebenso, wie um das Proletariat handelt. Es ist doch ganz klar, daß, wenn man das Recht eines jeden Bürgers (citoyen) gleich 100 setzt, jeder Einzelne, dessen Haben aufgrund der Wirkung der politischen, ökonomischen und sozialen Verirrungen unter 100 liegt, als Gläubiger der entsprechenden Differenz angesehen werden muß und daß ich, wenn ich im Namen derer, die alles verloren haben, das Wort ergreife, nicht die Absicht habe, diejenigen auszuschließen, denen der allgemeine Bankrott nur 30, 50, oder 80 wegnimmt; und auch nicht diejenigen, die Glück gehabt haben und sei es auf 100, sei es darüber stehen, aber keine Garantien für die Zukunft haben. Das Problem ist für alle das gleiche, folglich sind auch die Grundsätze der notwendigen Reform für alle gleich. <

Hier kann ich nirgendwo erkennen, dass Proudhon den Staat - sozusagen die Rechtsform der Gesellschaft - auflösen will. Aber klar zu erkennen ist, dass er den Staat in seine Schranken weisen will. Auch in Bezug auf die Steuern und Schulden sind seine Aussagen zu den Grenzen des Staates deutlich:

> Was die Steuer angeht, so habe ich an anderer Stelle gezeigt, daß sie, unter der Herrschaft von Freiheit und Eigentum, nicht mehr Ausdruck einer Abgabe, sondern der Preis einer Dienstleistung, kurz: ein Tausch, ist; daß diese Steuer, also die Dienstleistungen, die man vom Staat fordern muß, in einer gesunden Wirtschaft nicht über ein Zwanzigstel des Bruttoprodukts der Nation hinausgehen darf; daß die am wenigsten belastende Art, die Steuer zu gestalten, darin besteht, sie zu zwei, oder drei Fünfteln, je nach Land, auf die Grundrente zu legen, indem man die Progression und die verschiedenen Arten von Abgaben so miteinander verbindet, daß sie einer gleichen Aufteilung so nahe, wie möglich kommen.

...

Das Gleiche sage ich von den Schulden und infolgedessen auch vom Kredit. Ein Volk von 37 Millionen Seelen, auf dem eine private und öffentliche Schuld von 25 bis 30 Milliarden Francs, zu einem durchschnittlichen Zinssatz von 6 Prozent, lastet, das Doppelte des Nettoprodukts des Landes, ist völlig überschuldet. Man muß sich entscheiden: entweder man reduziert die Summe der Schulden und begrenzt sie auf 5 bis 6 Milliarden zu 5 Prozent, oder man senkt mit Hilfe einer neuen Organisation des Kreditwesens den Zinssatz auf 1/2 bis 1 Prozent. < (S.133)

Ich versuche jetzt auf die oben gestellten Fragen Antworten zu finden. Ich wiederhole davor jede der einzelnen Frage, damit die Antworten leichter zugeordnet werden können.

1. Gibt es eine Ordnung in einer x-beliebigen Gesellschaft, die nicht auf Gesetzen beruht?

Da die Ordnungen der menschlichen Gesellschaften nicht mehr - wie vielleicht in vorgeschichtlichen Zeiten, wo der Mensch noch von seinen Instinkten gesteuert wurde - von der Natur vorgeben sind, aber auch nicht gegen die Natur des Menschen verstoßen dürfen, wenn sie optimal sein sollen und auch nicht den Charakter von Beliebigkeit haben können, müssen sie zwangsläufig den Charakter von Satzungen bzw. von Gesetzen haben - aber nicht zwangsläufig in schriftlicher Form fixiert sein.

2. Wenn Ordnungen, Satzungen also Gesetze sind: Gibt es Gesetze ohne einen Gesetzgeber?

Es kann kurzzeitige Ordnungen durch eine stille Übereinkunft in einer Notsituation geben, die sich einstellen durch die rationale oder ohnmächtige Unterwerfung der Betroffenen unter den Willen der Entscheider in der Not. Die Ordnungen haben aber nur so lange Bestand, wie der Notstand nicht behoben werden konnte oder seine Aufhebung behindert wird. Ein Merkmal von Ordnung ist aber die Dauerhaftigkeit von Regeln und Übereinkünften. Diese mögen von einem Häuptling einer Räuberbande diktiert, von einem selbtherrlichen Herrscher ausgerufen oder in einem demokratischen Prozess beschlossen werden. Immer wird es einen Gesetzgeber geben.

3. Wenn es kein Gesetz ohne Gesetzgeber gibt: Gibt es dann einen Gesetzgeber, der nicht den Charakter eines Staates hat?

Auch wenn es möglich wäre, die bestehenden Staaten aufzulösen, so wie Programme auf einem Computer durch Überspannungen gelöscht werden können, so würden Menschen doch wieder Rechtsgemeinschaften bilden, wie aus den Besiedlungen von Übersehgebieten durch Europäer und aus dem Wissen, was wir heute über die Gesellschaften haben, abgeleitet werden kann. Aber hier kommt es ganz auf die Satzung, auf die Verfassung des jeweiligen Staates an. Wird die Vollmacht des Staates auf das Wesentliche beschränkt, können Bürger in

selbstgewählten und -bestimmten Gruppen (Assoziationen) per Satzungsrecht ohne Eingriffe des Staates ihre Angelegenheiten selbst regeln. Und genau hier liegt die Chance für libertäre Gestaltungsideen.

4. Gibt es einen Gesetzgeber, der die Durchsetzung von Gesetzen ohne Herrschaft erwirken kann?

Soviel mehr eine Satzung oder ein Gesetz auf die Einsicht und den Willen jener beruht, die sich daran halten sollen und wollen, um so weniger Herrschaft braucht es, um Satzungen und Gesetzen Geltung zu verschaffen. Aber der Mensch neigt auch dazu, Situationen zu definieren, wo das - vielleicht selbst mit beschlossene - Gesetz nicht zu gelten hat. Von daher gesehen wird wohl kein Gesetzgeber auf die Unterstützung einer Exekutive auskommen. Und auch die Einhaltung von Satzungen unterhalb der staatlichen Ebene erfordern von Zeit zu Zeit Sanktionen und Vollstrecker von Sanktionen. Und für die Klärung im Streitfall um den Verstoß gegen und um die Auslegung des Gesetzes wird nicht auf eine richtende Instanz verzichtet werden können. So lange sich die Streitenden Parteien auf einen Rechtskundigen als Richter einigen können, muss der kein Beamter sein.

5. Schließen sich Selbstbestimmung und Fremdbestimmung gegenseitig aus oder ergänzen sie sich?

Ich kann in wenigen Sätzen weder in die eine oder die andere Richtung ein Ja oder Nein begründen und aussprechen. Ich nehme mir einen fremden Kopf - der mir aber durch den Bezug auf Ivan Illich vertraut ist - zur Hilfe. Marianne Gronemeyer setzt sich in einem sechszehnteiligen Text mit dem Titel "Fremdbestimmung - Ja, bitte!", der 2012 als Illich-Anniversary erschienen ist mit dem Komplex Selbstbestimmung / Fremdbestimmung auseinander.

<http://www.marianne-gronemeyer.de/resources/Bremen+2012+10.+Todestag.pdf>

Nachdem sie viele Momente der Selbstbestimmung als Täuschung und Selbsttäuschung beschreibt, kommt sie zu der Fremdbestimmung als etwas, was dem einen Ich von anderen Ichs zugetraut wird. Der Einzelne findet seine Bestimmung durch den anderen, durch den Fremden. Wörtlich heißt es:

> Was diese Fremdbestimmung von Bemächtigung, was die Berufung von der Ausbeutung unterscheidet, ist, dass Auftraggeber und Auftragnehmer sowohl Sprecher als auch Hörer sind. Sobald einer nur anordnet und der andere stumm bleibt und ausführt, was ihm vorgeschrieben wurde, wird nicht Fremdbestimmung, sondern Herrschaft ausgeübt. Nennen wir sie also Fremdbeherrschung. So gesehen wären Fremdbestimmung und Selbstbestimmung gar keine unversöhnlichen Gegensätze. < (S. 7 f.)

> Wenn ich jemanden fremdbestimme, dann muss also die Aufgabe bedeutsam, ja notwendig sein. Ich berufe jemanden, weil ich ihn oder sie in einer wichtigen Angelegenheit brauche, und zwar ausdrücklich diesen besonderen Anderen für dieses besondere Anliegen brauche. Menschen werden durch die Aufgaben, die ihnen im Laufe ihres Lebens gestellt werden, geprägt und in ihrem Werdegang bestimmt. Wer mit Überflüssigem beschäftigt wird, wird selber austauschbar und überflüssig. Wem Belanglosigkeiten zugemutet werden, wird selber belanglos. Wer dagegen mit ernstem Anliegen betraut wird, kann wachsen. Die Möglichkeit, überhaupt ‚Ich‘ zu sagen hängt daran, dass ich in meiner Lebensgeschichte oft genug für bedeutsame Aufgaben ‚in Anspruch‘ genommen wurde: ... < (S.9)

> Aber wie soll denn das Andere, das Noch-Nicht meiner selbst hervorgehoben werden, wenn nicht durch die Herausforderung des Fremden. ‚Selbstbestimmung‘ wird die Fähigkeiten, die unerprobt und unerweckt in mir schlummern, nicht erwecken. Sie hat einen autistischen Zug und ist eher langweilig. < (S.11)

Marianne Gronemeyer geht auf das biblische Gleichnis vom barmherzigen Samariter ein, das Illich in vielen Variationen benutzt haben soll, um herauszuschälen, was Selbst- und Fremdbestimmung bedeuten. Sie schreibt u.a.:

> In dem Gleichnis erscheint die Fremdbestimmung als unerhörte, nie dagewesene Freiheit. Freiheit von allem, was nach Sitte und Brauch maßgeblich darüber entscheidet, für wen und was ich zuständig oder verantwortlich bin. Diesen Ausbruch aus Tradition und Konvention, den der Samariter wagt, kann ich noch einigermaßen mühelos als Freiheit verstehen. Was mir aber zugemutet wird, ist, mich an einer Freiheit zu freuen, die mich von der Selbstbestimmung befreit und mir erlaubt, mich vom Anblick des Fremden bestimmen zu lassen. Und beinahe noch widersprüchlicher ist es, dass der Samariter, der sich den Fremden angelegen sein lässt, vollkommen frei von Verantwortlichkeit für ihn ist, während wir doch ganz selbstverständlich sagen würden, er habe Verantwortung für ihn übernommen, als er sich seiner annahm. < (S. 13 f.)

> Bezogen auf den Samariter hieße das: Auf Deinen Anblick hin, von dir bestimmt, gehe ich auf ‚Abwege‘, und zwar um deinetwillen. Fremdbestimmung ist also in dieser Geschichte ein Akt vertrauensvollen Gehorsams, Selbstbestimmung wäre dann der aus dem Gehorsam erwachsende Ungehorsam, die Anarchie, die der Samariter übt. Über den Gehorsam schreibt Ivan: Gehorsam im biblischen Sinn meint die bedingungslose Bereitschaft auf den Anderen zu hören und der Hang, die Neigung, sich von ihm immer neu überraschen zu lassen. < (S. 14)

> Im Lichte dieser Freiheit wendet Ivan Illich seine Aufmerksamkeit nun aber doch noch einmal der Möglichkeit der Selbstbestimmung in unserer apokalyptischen Zeit zu, pointierter noch, als er es in der frühen Streitschrift tat.

Wenn es in den siebziger Jahren darum ging selbstbestimmte Tunsmöglichkeiten zurückzugewinnen, geht es heute in erster Linie darum, dem Absurdistan, so gut es geht, zu entkommen. Es geht darum, ins Abseits zu gelangen. Beinahe bedauernd stellt Illich fest: „Ich bin nicht Bob Hope, der amerikanische Komiker, dessen Slogan in den 1960ern jedem bekannt war: ‚Lord, let the world stop for a moment, I want to get off!‘ Ich weiß, dass dieser Wunsch utopisch ist. Ich kann nicht umhin, mich von Helfern, Rettern und Heilern umgeben zu wissen und bedroht zu fühlen. Aber ich will

nicht in diese Welt gehören. Ich will mich in ihr als Fremder, als Wanderer, als Aussenseiter, als Besucher, als Gefangener fühlen. Ja, ich spreche von einem Vor-Urteil, also von einer Haltung, nein, nicht einer Haltung, meiner Haltung. ...Einem Grund auf dem ich stehe, auf dem ich be-stehe, auf den ich mich in jedem Punkt besinne. ...“ Hier ist er wieder der unerhörte Widerspruch: Ich will mich in dieser Welt als Gefangener fühlen um meiner Freiheit willen, als Aussenseiter um meiner Verbundenheit willen, als Fremder um der Freundschaft willen. < (S.15)

6. Schließen sich Freiheit und Gleichheit gegenseitig aus?

Ich denke, der Begriff Freiheit bezieht sich im Themenzusammenhang auf das Verhältnis des Einzelmenschen zu anderen Menschen, zur Gesellschaft. Ich kann bzw. wir können auch in eine Gletscherspalte fallen und dadurch total unfrei sein. Diese Unfreiheit meint aber eine andere, als die, die von Zwängen einzelner Menschen oder der Gesellschaft ausgehen. Der Gefängnisinsasse leidet unter dem Verlust einer anderen Freiheit, als der Gefangene in der Gletscherspalte. Die Freiheit des Individuums in seiner Gesellschaft oder in der Welt ist von vornherein eine begrenzte, eine gestaltete Freiheit. Bekanntlich hört die Freiheit des Einzelnen dort auf, wo sie die Freiheit des Anderen beschneidet. Ein Unterschied zwischen Demokratie - einschließlich aller Regierungsformen mit einem geringeren Freiheitsgrad - und der Anarchie ist der, dass die Anarchie das Recht von Mehrheiten und Autokraten verneint, die Freiheit des Einzelnen über das absolut notwendige Maß zu beschneiden. Mehrheitsbeschlüsse sind also aus dieser Sicht noch keine Legitimation Freiheiten, zu beschneiden oder aufzuheben.

Wenn von der Gleichheit im politischen oder verfassungsrechtlichen Sinn gesprochen wird, dann ist nicht das gleiche Geschlecht, die gleiche Körpergröße, die gleichen Eigenschaften, die gleichen Begabungen und der gleiche Einsatzwille gemeint, sondern dann kann es sich nur um die gleichen Chancen und Rechte handeln. Da die Freiheit ihren sichtbaren Ausdruck findet in der Verschiedenheit der Gewohnheiten, dem Anderssein als die Anderen, der unterschiedlichen Bewertung des Schönen und des Guten, der unterschiedlichen Zuwendung zu anderen Menschen oder einer Sache und auch zu einem sehr unterschiedlichen Einsatzwillen, wäre es ihr Untergang, wenn hier die Gleichheit gefordert würde. Es gibt zwar auch die Vorstellung, dass der Lohn für eine Stunde Arbeitszeit für alle gleich sein müsste, weil sich ja alle arbeitenden Menschen gleich anstrengen würden. Aber schon das jeweilige Quantum an Anstrengung ist nicht exakt messbar. Auch würde es die Wertigkeit der Arbeitsergebnisse aus gesellschaftlicher Sicht und die unterschiedlichen Fähigkeiten Arbeitseinsatzleistender nicht berücksichtigen. Eine solche Gleichheit wäre ein Feind der Freiheit und zudem eine Ursache

der allgemeinen Verarmung.

Die Gleichheit kann sich hier also nur auf die gleichen Chancen und Rechte im ökonomischen und politischen Geschehen beziehen. Im politischen Bereich gehört z. B. zur Freiheit der Wahl die Gleichheit der Wähler. Das Wahlrecht auf ein Geschlecht zu beschränken ist ein klarer Verstoß gegen die Gleichheit innerhalb der Rechtsgemeinschaft. Da die Erde die Existenzbedingung der Menschen ist, müssen sie auch alle den gleichen ökonomischen Nutzen und das gleiche Niederlassungsrecht haben. Wenn gesellschaftliche Einrichtungen - wie das Geld - geschaffen werden, dann müssen sie allen Beteiligten den gleichen Nutzen stiften z. B. nicht durch eine Inflation die Schuldner bevorzugen und bei einer Deflation die Gläubiger.

Dieter Suhr, der 1990 tödlich verunglückte Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik gab die Niederschrift seiner Auseinandersetzung mit dem Thema Freiheit und Gleichheit den Titel ***Gleiche Freiheit***. Der Untertitel lautet: "Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft". Ich gebe nachfolgend das Vorwort wieder:

> Diese kleine Studie will den Gleichheitsgedanken beleben, und zwar um der Freiheit willen.

Im Namen der Gleichheit aller Menschen wurden einst überlieferte Pfründen beseitigt und althergebrachte Privilegien in Trümmer gelegt. Doch die revolutionäre Kraft des Gleichheitsgedankens überdauerte die Revolutionen nicht. Die Gleichheit wurde alsbald juristisch domestiziert.

Das allgemeine Gleichheitsprinzip verkümmert weitgehend zum Willkürverbot. Es wird fast nur auf geringstmöglichem Gleichheitsniveau implementiert, nämlich so, daß gerade eben noch die Rede davon sein kann, daß man den geschriebenen Gleichheitssatz anwendet und nicht etwa nur irgendein ungeschriebenes Verfassungsgebot der Vermeidung gröbster Unsachlichkeit.

Die instinktive Zurückhaltung der meisten Grundrechtler vor der grundrechtstechnischen Effektivierung der Gleichheit beruht darauf, daß sie um die Freiheit fürchten. Wäre diese, aus Sorge um die Freiheit tief verwurzelte, Angst vor der Gleichheit gerechtfertigt, - ginge also ein Mehr an Gleichheit immer auf Kosten der Freiheit, so fände man auch mich ganz vorn bei denen, die den Gleichheitssatz reduktionistisch auf ein Willkürverbot zurückinterpretieren. Sobald aber die Zurückhaltung, durch welche man die Freiheit schützen will, ihr in Wahrheit schadet, wird die dogmatische Zurückhaltung im Ergebnis kontraproduktiv.

Die Furcht vor der Gleichheit und die Angst vor der Gerechtigkeit, die aus der Sorge um die Freiheit hervorgehen, sind bedingt berechtigt. Auch soweit die Gefahr besteht, die gerechte Lösung politischer Fragen gebrauchsfertig in

der Verfassung angelegt zu sehen, gilt es, dem Gesetzgeber seinen Gestaltungsspielraum zu erhalten. Im übrigen aber gründet die Freiheit selbst in der Gleichheit: so wie die Befreiung des Sklaven im wesentlichen die Verwirklichung seiner menschenrechtlichen Gleichheit ist. Diese Art von Gleichheit, die das wahre Fundament der Freiheit ist, hatte bislang kaum eine Chance, ihre grundrechtliche Fruchtbarkeit und Kraft zugunsten der Freiheit zu beweisen.

Armin Trautmann hat vor allem die Strukturen der Reziprozität geklärt und vielerlei zu den ersten vier Abschnitten des Büchleins beigetragen. Der Schlußteil stammt allein von mir.

Augsburg, den 15. August 1988

Dieter Suhr <

7. Wo müssen wir ansetzen, um aus dem vieldeutigen Begriff Anarchismus ein konstruktives Gestaltungselement für eine Gesellschaft der Freien zu entwickeln?

Für den Bestand der Freiheit und Gleichheit hält Proudhon u.a. die staatliche Gewaltentrennung für notwendig. Da eine staatliche Gewaltentrennung ohne Staat nicht denkbar ist, hält er also den Staat für notwendig. Es tritt hier eindeutig der Staat als Verteidiger von Freiheit und Gleichheit auf. Wir wissen aber auch aus der Geschichte und der Gegenwart, dass der Staat der größte Feind der Freiheit und der Gleichheit sein kann. Es muss also an der Form, der Art des Staates und / oder dem Umfang seines Wirkens liegen, ob er ein Freund und Förderer der Freiheit ist oder ihr Feind. Wir können bei der Suche nach der Antwort nicht einmal davon ausgehen, dass alle jene Staaten, die sich demokratisch nennen, Förderer der Freiheit und Gleichheit sind. Besonders wenn man an die modernen Manipulationsmethoden der Masse von Menschen denkt, kann die konsequente Anwendung des Mehrheitsprinzips auch zur Tyrannei werden. Auch die Täuschung und Lüge ist dem demokratischen Staat nicht fremd. Und wenn man an die Aktivitäten der Geheimdienste der sich demokratisch nennender Staaten denkt, dann offenbaren sie sich als Bedroher der Freiheit und nicht als deren Schützer.⁶ Wir Deutschen leben nach der Herrschaft des Nationalsozialismus und der der SED in dem Gefühl, zu den "guten" Staaten zu gehören. Aber übersehen wird hier auch, dass unsere politische Klasse dem deutschen Volk das Verfassungsgebungsrecht verweigert.

Bei allen negativen Aspekten, die man den existierenden und untergegangenen Staaten zuord-

⁶ Edward Snowden, der das verfassungswidrige Verhalten der US-Geheimdienste offen gelegt hat, wird vom US-Staat als Verräter verfolgt und in der Presse so genannt und nicht die Geheimdienste, die die Verfassung außer Kraft gesetzt haben.

nen kann, ist der Wunsch, den Staat zu überwinden, verständlich. Da der Mensch aber nicht - oder nicht von Anfang an - bis zum Ende und ununterbrochen als Einzelwesen lebt, nicht leben kann, muss er seine Verhältnisse zu anderen Menschen gestalten. Die Menschen müssen bei ihrer vorhandenen Vielzahl eine arbeitsteilige Arbeitsgemeinschaft und auch eine Rechtsgemeinschaft bilden. Und weder die Arbeitsgemeinschaft noch die Rechtsgemeinschaft kommt ohne Normierung aus, weil sie die tägliche und bei jedem neuen Kontakt erforderliche Suche nach einer Übereinkunft ohne vorhandene Normen und Verhaltensmuster schlicht weg überfordern würde. Es ist also eine Ordnung zu suchen, die den Einzelnen in seiner Individualität möglichst wenig einengt und doch ein auf die Gemeinschaft bezogen rationales und rationelles Verhalten ermöglicht und fördert. Gesell sagt in dem schon zitierten Vorwort zu seiner Natürlichen Wirtschaftsordnung folgendes:

> Damit der Mensch gedeihe, muss es ihm möglich gemacht sein, sich in allen Lagen so zu geben, wie er ist. Der Mensch soll sein, nicht scheinen. Die Wirtschaftsordnung muss derart gestaltet sein, dass der wahrhaftige Mensch auch wirtschaftlich vor allen am besten gedeihen kann. Die Abhängigkeiten, die das Gesellschaftsleben mit sich bringt, sollen nur die Sachen, nicht die Menschen betreffen. < (NWO,1949, S. 12 f.)

Dabei gilt es aber nicht nur die Freiheit des Einen gegen die Freiheit des Anderen abzugrenzen, sondern auch zu bedenken, dass es die Freiheit durch den Anderen gibt (D.Suhr). Überall, wo die Arbeit oder das Spiel mehr als zwei Hände und einen Kopf bedarf, erweitern die Anderen die Freiheit des Einen, wenn sie sich ihm zuordnen. Ohne Arbeitsteilung hätte kein Mensch die Chance bzw. die Freiheit, sich seinen speziellen Neigungen hinzugeben. Da aber die Menschen nicht von den Produkten ihres arbeitsteiligen Tuns ihr Leben fristen können, müssen sie ihre Produkte, die sie selber nicht verwerten können, mit solchen Produkten andere tauschen, die sie für ihr eigenes Leben oder für ihr Wohlbefinden benötigen. Und damit sind wir wieder bei dem Thema *Ökonomie, Freiheit und Gleichheit*.

Abgesehen von primitiven Formen der Tauschwirtschaft, die sich wie von selbst einstellt, wo Menschen zusammen kommen, gibt es nur zwei reine Formen der Wirtschaftsordnung, nämlich die Zentralverwaltungswirtschaft oder Kommandowirtschaft und die Marktwirtschaft oder auch Verkehrswirtschaft genannt. Beide Formen sind künstliche Zivilisationsprodukte, also Verfahren, die es in der Natur nicht gibt. Die eine Ordnung organisiert die ökonomischen Prozesse zentral durch das Kommando legitimer oder selbstherrlicher Entscheider, die andere dezentral durch den Willen aller Beteiligten. Dem zentralistischen System ordnen sich die Menschen nur durch Druck unter oder durch ein Versprechen, das nicht gehalten werden kann. Es handelt sich dann um eine Ideologie, die ein kaschiertes Herrschaftsinstrument ist.

Im dezentralen System, das auf die Entscheidungsfreiheit der Betroffenen angelegt ist, ist es das Eigeninteresse des Einzelnen, das nicht aus der nackten Not geboren sein muss, was zum Mitmachen motiviert. In der Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft - egal mit welcher Ideologie sie unterlegt wird - ist die Diktatur, also die Unfreiheit des Einzelnen schon angelegt, aber in der Praxis hat es auch noch keine zentralistische Wirtschaftsordnung gegeben, die die Freiheit des Einzelnen nicht unterdrückt hat. Solange z. B. der Marxismus mit einer zentralistischen Wirtschaftsordnung gedacht wird, ist es unverständlich, dass es Anarchisten gibt, die glauben, ihre Ziele mit Marxisten durchsetzen zu können. Zu fragen ist aber, ob Karl Marx - der sich selber nicht als Marxist sah - überhaupt die Lösung ökonomischer Probleme im Zentralismus gesehen hat. Ich erinnere mich, dass Rudolf Bahro, als er sein Buch *Die Alternative* in der DDR geschrieben hat, die Frage verneint hat und sich den Kommunismus in der Form von Assoziationen vorstellte. Das war sozusagen ein Versuch, Marx und Proudhon zu versöhnen.

Ich will hier nun nicht die Marktwirtschaft idealisieren. In ihrer realen Erscheinung ist sie vom Kapitalismus überlagert und nur ein Zerrbild ihres gedanklichen Modells. Aber vom Modell her gesehen, ist die Freiheit in ihr verankert und die Gleichheit nicht ausgeschlossen. Vom Ansatz her müssen - um ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen - Anarchisten, um ihren Zielen wenigstens annähernd näher zu kommen, helfen, alles aus dem Weg zu räumen, was der Entfaltung der Marktwirtschaft entgegensteht. Aber die entwickelte Marktwirtschaft als ein zivilisatorisches Kunstprodukt kommt ohne Rechtsnormen nicht aus. Man denke an Gewichts- und Maßeinheiten, an ein Vertragsrecht und an Nutzungsrechte für Teile der Erde (Parzellen, Meer, Lufträume und Rohstoffe unter der Erdoberfläche). Nun kann man sich diese Normierung in kleinen Wirtschaftsgebieten auch auf einer Verbandsebene vorstellen. Aber bald würden die kleinen Gebietseinheiten nach einer Abstimmung im Sinne einer Übereinstimmung rufen, um Reibereien und Streitigkeiten zwischen Mitglieder verschiedener Gebietseinheiten zu verhindern. Es hat im Mittelalter ja auch Städte gegeben, die das Recht, das in einer anderen Stadt erarbeitet und beschlossen wurde, - sozusagen in Lizenz - übernommen haben. Aber mir erscheint es als unvermeidbar, dass am Ende solcher Übereinkünfte wieder so etwas wie eine Staat - eben eine Rechtsgemeinschaft - entsteht. Zu bedenken ist ja auch, dass die beschlossenen Normen durchgesetzt werden müssen. Soll jeder Betroffene, der seine Rechte einlösen will, sich etwa einen Schlägertrupp mieten?

Aber das alles mag für einen Freund des Anarchismus noch nicht verlockend klingen. Daher

sei zum Schluss noch gesagt, wo der freiheitsliebende, mündige Bürger vom Staat befreite Gestaltungsräume erstreiten kann. Aber bevor sich die Freiheitsfreunde auf einen Feldzug für die Freiheit einlassen und diesen nicht schon im Start als verloren hinnehmen müssen, haben sie die ökonomischen Ursachen für die Flucht der Bürger unter dem engen Schutzschirm des Staates zum Preis ihrer Entmündigung aufzuheben. Ich spreche von den konkreten ökonomischen Bedrängnissen in Form von Arbeitslosigkeit, von einem ungebührlichen Leistungsdruck - erzeugt durch die Unterbeschäftigung, durch die hohen staatlichen Abgaben und die Belastung der Arbeit durch das Kapitaleinkommen. Anders formuliert: Ich spreche von dem Erfordernis der Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus.

Ist dieses Ziel erreicht, ist schon ein wesentlicher Teil des Reiches der Freiheit errungen, denn durch die Verkürzung der dann notwendigen Arbeitszeit für den Lebenunterhalt um 30, 40, 50 % oder mehr, reduziert sich automatisch das Reich der Notwendigkeit. Von dieser Position aus werden die Bürger auch den Mut entwickeln, große Teile heutiger Staatsaktivitäten wieder selbstbestimmt zu übernehmen. Jetzt kann der Bildungsbereich und das soziale Sicherungssystem von autonomen Assoziationen übernommen werden. Nicht fruchtlose Debatten werden eine Weiterentwicklung behindern, sondern der Wettbewerb untereinander wird für ihre Optimierung sorgen. Der Staat einschließlich seiner Untergliederungen kann jetzt als Akteur, als Mitspieler aus der Wirtschaft - bis auf Bereiche, wo Monopole ⁷ nicht aufgelöst oder neutralisiert werden können - herausgenommen und auf seine Funktion als Regelaufsteller und -durchsetzer beschränkt werden. Auch der Versuch der Wirtschaftslenkung durch Subventionen kann aufgegeben werden. Wir haben dann eine Situation, wo jeder staatliche Eingriff in die Zivilgesellschaft auf den Prüfstand kommen und auf das notwendige Maß reduziert werden kann, angefangen vom militärischen Block bis hin zum Eherecht. Die Chancen der Befreiung einer Gesellschaft innerhalb seiner staatlichen Verfassung verlieren wir aber, wenn wir den - unvermeidbaren - Staat als ganzes verneinen. TA

7 Zum Beispiel im Abwasserbereich und der Trinkwasserversorgung auf kommunaler Ebene.